

# Sommersmog und die Klage gegen die Erweiterung Niederaußems

Bund für Umwelt und Naturschutz Landesverband NRW,  
Stand 7. Mai 1998

Mit Abwärmeverlusten, die mengenmäßig größer werden als der gesamte Stromverbrauch des Landes Dänemark, bricht die fehlerhaft erteilte Genehmigung zur Ausweitung des Braunkohlekraftwerkes Niederaußem um den Block " K " alle negativen Rekorde:

- Das Kraftwerk Niederaußem stößt in großen Mengen Fluor, Chlor, Feinstäube Stickoxyde und viele andere Umweltgifte aus. Um diese Schadstoffe mit den Dampfschwaden weit übers Land zu verstreuen, soll der Kühlturm des neuen Kraftwerksblockes K höher werden als die Spitze des Kölner Doms.
- Mit dieser Kraftwerkerweiterung steigen die Stickoxydemissionen, die als Vorläuferstoff für den Sommersmog gelten, täglich auf eine enorme Menge von 70.000kg. Es sind im weitem Umkreis besonders in Grevenbroich und Umgebung die Grenzwerte der zulässigen Fluorwasserstoffbelastungen bereits überschritten. Bei Inversionswetterlage ist auch der Erftkreis und der Kreis Düren überproportional betroffen.
- In Neuss und längs der gesamten Rheinschiene treten regelmäßig beim Sommersmog hohe Spitzenwerte auf. In diesem Jahr wurden bereits schon im Mai Ozonwerte erreicht, die als gesundheitsschädlich gelten.
- Die enorme Verschwendung der Abwärme führt nicht nur dahin, daß dadurch hohe Umweltbelastungen entstehen und jährlich 25 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in die Erdatmosphäre gehen; sie schafft Sachzwänge, privates Eigentum zu enteignen und tief in den Grundwasserhaushalt einzugreifen, um für die Bereitstellung der Braunkohle den Hambacher Forst Manheim, Morschenich und Etzweiler abzugeben.

Wenn mit diesen untauglichen Konzepten das Investitionsprogramm zur Erneuerung der Kraftwerke an den rheinischen Braunkohlegruben durchgeführt wird, hat das für die gesamte Region und für alle negative Auswirkungen:

- Infolge der Konzentration der Kraftwerksblöcke auf wenige dieser großen Einheiten wird der Beitrag der Braunkohleverstromung zur Beschäftigung bis zur Bedeutungslosigkeit schwinden, denn im Endeffekt werden in diesen großen Blöcken nur noch wenige Arbeit finden. Es werden weniger als 2.000 sein.
- So wird es geschehen, daß nicht nur die Arbeitsplätze, sondern auch Haus und Hof verloren gehen, denn es müssen insgesamt 10 weitere Ortschaften geräumt und 10.200 Bewohner umgesiedelt werden, um die Braunkohle für diese Energieverschwendung bereitzustellen.
- Das ist vermeidbar, wenn für die Energiegewinnung aus der Braunkohle fortschrittliche Verfahrensalternativen und Systemlösungen für die Stromerzeugung in Wärmekraftkopplung zur Anwendung kommen, die geeignet sind, die Braunkohle effizienter zu verwerten.
- Die Wärmekraftkopplung kann dadurch zeitgemäß in kleinen dezentralen Kraftwerken eingerichtet werden, daß die Braunkohle zu Synthesegas, Wasserstoff oder Methanol veredelt wird, damit sie für Gasturbinenkraftwerke, für Brennstoffzellen usw. verwendbar ist.
- Die reaktionären Kräfte bei RWE / Rheinbraun beharren jedoch auf den althergebrachten Konzepten mit umweltbelastenden Kraftwerkstypen, die sie im Zuge des 20 Mrd.DM-Investitionsprogramms ohne Rücksicht auf die Belange des Umweltschutzes errichten wollen.
- Unter der Bezeichnung BoA werden sie fälschlich von ihnen trotzdem als die besten angepriesen, die sie in ihrer Systemverfangenheit in überkommenen Vorstellungen kennen.
- Damit ist das ganze Investitionsprogramm der RWE / Rheinbraun so nicht akzeptabel und auch aus wirtschaftlicher Sicht als Fehlinvestition zu bezeichnen. Die RWE verstößt damit gegen das Abwärmenutzungsgebot.
- Sie erfüllt ihre Vorsorgepflicht nicht, die schädlichen Umwelteinwirkungen mit fortschrittlichen Verfahrensalternativen zu begrenzen, wie es das Bundes-Immissionsschutzgesetz verlangt, um die Nachbarschaft und die Allgemeinheit vor diesen erheblichen Nachteilen und schädlichen Auswirkungen zu schützen.
- In der näheren und weiteren Umgebung erfahren alle von diesem umstrittenen Investitionsprogramm der RWE nur Nachteile. Es liegt deshalb in Ihrem eigenen Interesse, die Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen und die Umweltschutzverbände zu unterstützen, die sich gegen diese Schändung der Natur wehren.
- Besonders ist in diesem Fall ist die Vernunft der Politiker gefordert, die diese unvorteilhaften Planungen bisher blindlings befürwortet haben. Beim Oberverwaltungsgericht wurde gegen den

fehlerhaft erteilten Genehmigungsbescheid zu dieser schändlichen Kraftwerkserweiterung Klage eingereicht.

- Diese gerichtliche Klärung der Pflichten und der Versäumnisse der RWE verfolgt das Ziel, daß sie wegen dieser Schändung der Natur verurteilt wird, fortschrittliche Verfahrensalternativen zur Anwendung zu bringen, die diese großen Nachteile und Umweltzerstörungen vermeiden.

## **Mauschelei in der Sommerpause**

Im Genehmigungsverfahren zum geplanten 950MW Block in Niederaußem mußten die Antragsunterlagen einen Monat lang öffentlich ausgelegt werden. "Zufälligerweise" geschah dies erst zehn Tage vor den Sommerferien, so daß die restlichen drei Wochen in die Urlaubszeit fielen. Mit dieser bewußten Verlagerung in die Sommerpause wurden zumindest die Urlauber um die Möglichkeit gebracht, Einwendungen vorzutragen. Trotzdem machten die Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4, der BUND-NRW und viele Privatpersonen von Ihrem Recht Gebrauch, sich gegen den neuen Kraftwerksblock und damit gegen den weiteren Raubbau an der Natur auszusprechen. Das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 soll laut RWE ausreichen, um das Kraftwerk zu genehmigen. Genau das funktioniert nicht, denn in der Bundesrepublik Deutschland gibt es schon heute Kraftwerksüberkapazitäten von 10.000 MW. Das entspricht einem Überschuß von zehn geplanten Kraftwerksblöcken der Niederaußemer Größenordnung und damit auch einem Überschuß von mehreren Tagebauten der Hambacher Kategorie. Diese Überkapazitäten sind mit dem Energiewirtschaftsgesetz nicht vereinbar. Zudem kommt ab 1999 die EG-Überleitungsvorschrift zur Öffnung des europäischen Strommarktes zum Tragen, was sowieso das Aus für die unwirtschaftliche Braunkohleverstromung bedeutet.

## **Klage gegen Niederaußem - neues Mühlheim Kärlich für RWE !**

Aus für Hambach auf Raten.

Die Bezirksregierung Köln, allen voran deren RP H.Antwerpes, hat den neuen Block K des Kraftwerks Niederaußem mit einer Bearbeitungsgebühr von 6Mio. DM rechtswidrig genehmigt. Der Schadstoffausstoß ist zu hoch, und es wurden keine Alternativen mit höherem Wirkungsgrad geprüft. Deshalb legten die Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4, der BUND-NRW und viele Privatpersonen insgesamt 15 Widersprüche ein. Eine Privatperson, die anonym bleiben möchte, aber gleichzeitig auch Mitglied der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4 ist, klagt jetzt vor dem Oberverwaltungsgericht Münster. Dieser Schritt in die richtige Richtung hat in Mühlheim Kärlich zu einer Nichtgenehmigung geführt. RWE wird also auch hier umdenken müssen, denn die Klage ist gleichbedeutend mit einem sofortigen Baustopp. Für den geplanten 950MW Block Niederaußem bedeutet dies sicher das Aus. Selbst der RWE Vorstand H.Hlubek stellt Niederaußem in Frage, wenn er von >>einem Effizienz- und Kostenvorteil von Gaskraftwerken gegenüber Kohlekraftwerken spricht<< Die RWE-Vorstände wären gut beraten, sich nach einem besseren Investitionsobjekt umzusehen, statt mit politischer Unterstützung 2,7Mrd.DM in den Sand zu setzen. Würde der 950 MW-Block gebaut, so wäre Niederaußem mit 3700MW das größte deutsche Braunkohlekraftwerk. Das hätte zur Folge, daß der Tagebau Hambach (incl. Hambach II) bis über das Jahr 2050 hinaus ausgekohlt werden würde. Damit würden Sachzwänge für die geplante A4 Verlegung und das Abbaggern von Mannheim, Morschenich und des Hambacher Forstes geschaffen. Die Modernisierung von Niederaußem trägt, absolut gesehen, nicht zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei, da die zu verstromende Menge an Kohle im Revier bei konstant 100Mio.t/Jahr bleiben soll. Es wird lediglich eine spezifische, aber keine absolute CO<sub>2</sub>- Minderung versprochen. Tatsache ist auch, daß sich RWE in den Genehmigungsunterlagen darüber ausschweigt, wo und wann die sechs alten 150MW Kraftwerksblöcke stillgelegt werden.

## **Täglich warmer Regen:**

Mit der Ausweitung des Braunkohlekraftwerks Niederaußem zum größten CO<sub>2</sub>- und Schadstoffemittenten Westeuropas würden im Radius von 50km täglich folgende Schadstoffe emittiert:

- 70.000 kg Stickoxid
- 140.000 kg Schwefeldioxid
- 90.000 kg Kohlenmonoxid
- 12.000 kg Chlorwasserstoff
- 4.000 kg Fluorwasserstoff
- ca. 2,2 kg Cadmium und 2,4 kg Thallium sowie 15 weitere Schwermetalle, Dioxine und Furane.

# **Presseerklärung zur Stellungnahme der Grünen zum Kraftwerk Niederaußem.**

Grüner Braunkohleklüngel !

Es ist schon fast symptomatisch für die diffuse energiepolitische Inkompetenz der Grünen, daß sie sich beim geplanten 950 MW-Block in Niederaußem von ihrem 'Vordenker' und Landtagsabgeordneten Gerd Mai blenden lassen.

Gerd Mai's trojanisches Pferd sieht wie folgt aus:

Die Grünen sprechen sich gegen die Verlegung der A4 und für den Erhalt von Manheim und Morschenich aus, schlucken aber gleichzeitig die Kröte Niederaußem.

Dabei schaffen sie mit ihrer Zustimmung für Niederaußem Sachzwänge, die einen Kohleabbau in Hambach bis 2040 zur Folge hätte.

Tatsache ist auch, daß Gerd Mai den Tagebau Hambach I bewußt benutzt, um die Notwendigkeit von Garzweiler II in Frage zu stellen. Denn wird Niederaußem erst einmal modernisiert, wird RWE das Kraftwerk auch bis weit über den Abschreibungszeitraum betreiben wollen und eher andere Kraftwerke und Tagebaue in Frage stellen.

Die Aussagen der Grünen sind also darauf ausgelegt die A4-Verlegungsgegner ruhigzustellen wohlwissend, daß heute und jetzt politische Kernkompetenz gefragt ist, die aber dem Machterhalt in Düsseldorf geopfert wird. Ein mit 'optimierter Braunkohlentechnik' ausgestattetes Kraftwerk Niederaußem trägt nämlich nur spezifisch gesehen zur CO<sub>2</sub> Reduktion bei, denn absolut gesehen soll die Fördermenge aus Hambach von 30 auf 50 Mio. Jahrestonnen erhöht werden. Und wer mehr Kohle verstromt, produziert auch mehr vom Treibhausgas Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), trotz Wirkungsgradsteigerung. Leider reagieren die Grünen nur partiell und sind z.Zt. auf die Klientelbefriedigung im Garzweiler Bereich ausgerichtet.

Doch gerade dieses Taktieren und der Kuhhandel mit den Menschen und der Natur im Hambacher Revier wird ihnen die Bevölkerung nicht verzeihen. Spätestens seit der Zustimmung zum Kraftwerk Niederaußem sind auch die Grünen Bestandteil des Braunkohleklüngels, den sie zu bekämpfen vorgeben.